

MENSCHENRECHTS- VERTEIDIGER WERDEN NICHT SCHWEIGEN

Staatliche Reformen und zivilgesellschaftliche Entwicklung in der Türkei

VON EVA KLIPPENSTEIN

Was wird aus dem Reformprozess in der Türkei? Diese Frage stellt sich angesichts widersprüchlicher Nachrichten und Informationen.

Nach langen, schwierigen Verhandlungen fiel im Oktober 2005 in Brüssel die Entscheidung für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Der Beschluss umfasste einen Zeitplan und einen Katalog von notwendigen Anpassungsmaßnahmen, unter anderem für die Verbesserung der Menschenrechtsstandards, die Rechte der nicht-muslimischen Minderheiten, ferner für Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Intoleranz.

Die Kurdenfrage hat die EU selbst nicht direkt angesprochen; sie ist jedoch die Ursache für Unterentwicklung, Verarmung und auch Radikalisierung der Menschen im Südosten und letzten Endes das größte Hindernis für eine demokratische und friedliche Entwicklung der Türkei.

Inzwischen hat Brüssel den Reformprozess evaluiert: wie zu erwarten war, verweist der Fortschrittsbericht auf Mängel bei der Abschaffung der Folter, bei der Kontrolle über das Militär und vor allem bei der Meinungsfreiheit. Im Vordergrund steht jedoch die Zypernfrage, der Streit um die Öffnung türkischer Häfen für Schiffe aus Zypern, bei der die Türkei nicht nachgeben will, weil trotz ihrer Zustimmung zum Kompromissvorschlag der UN im

Frühjahr 2004 nur die griechische Inselrepublik in die Gemeinschaft aufgenommen wurde. Der finnischen Ratspräsidentschaft ist es bisher nicht gelungen, einen Kompromiss zu finden, andererseits ist es nicht möglich, Verhandlungen mit einem Kandidaten zu führen, der ein EU-Mitglied faktisch nicht anerkennt.

Werden die Verhandlungen abgebrochen? Mit dieser Frage wird teils diplomatisch, teils polemisch umgegangen. Umfragewerte zeigen, dass die türkische Öffentlichkeit an der EU-Mitgliedschaft weniger interessiert und dass das Vertrauen in die EU als Institution erschüttert ist.

Auf der andern Seite ist es eine Tatsache, dass die Aussicht auf die Mitgliedschaft einen politischen und gesellschaftlichen Prozess in Gang gesetzt hat, der so leicht nicht mehr gestoppt werden kann. Auch wenn die kemalistischen Hardliner in der Staatsführung eine weitere Öffnung des Gesellschaft zu blockieren versuchen, wird es ihnen nicht gelingen, die freie Meinungsäußerung, die Presse und die Stimmen der unterdrückten Massen, darunter vor allem der Kurden, zum Schweigen zu bringen. Ein kleiner Vorfall zeigt, dass sich im Alltag von großem Aufbruch vorerst nichts erkennen lässt.

Da missfällt einem Fahrgast in einem Minibus die kurdische Melodie, die aus dem Lautsprecher dudelt. Er herrscht den Fahrer an: „mach die Musik aus“ und

der Fahrer gehorcht. Was nicht verwundert, denn der Fahrer ist Kurde, der andere ein Unteroffizier der türkischen Armee und die Geschichte handelt in Kurdistan. Damit nicht genug: obwohl schon seit den 90iger Jahren das Abhören kurdischer Musik im öffentlichen Raum nicht mehr verboten ist, erstattet der Beschwerdeführer per Handy Anzeige und zwingt den Unglücklichen, seine Fahrgäste raus zu werfen und sich unverzüglich bei der zuständigen Gendarmeriestation zu melden. Dort nimmt man ihm nicht nur die Musikkassette weg, sondern auch Ausweis und Führerschein, anschließend wird er beschimpft und bedroht, später der Verkehrspolizei übergeben, die ihm ca. 350 Euro Strafe und 2 Wochen Fahrverbot aufbrummt. Er hat sich nicht beschwert, es hätte leicht schlimmer ausgehen können.

In den schrecklichen 90er Jahren herrschte in den kurdischen Gebieten der Ausnahmezustand, d.h. ein immer präsenter Krieg, dem sich niemand, selbst die kleinen Kinder nicht, entziehen konnte, weil er in die Häuser und Familien drang. Die Verwüstungen dieses Krieges, bzw. der „Aufstandsbekämpfung“, die nicht nur materieller, sondern vor allem psychischer Art sind, sind auch heute, Jahre nach dem Abflauen der Kampfhandlungen, nicht beseitigt.

Im Rückblick der Jahre 2002 bis 2005, als seitens der kurdischen Guerilla ein Waffenstillstand aus-



Gerichtshof für Menschenrechte in Straßbourg

gesprochen und weitgehend auch eingehalten wurde, gab es eine echte Chance für eine Entwicklung. Versprochene Aufbauprogramme und Investitionen blieben jedoch aus und ein EU-Projekt zur Minenräumung steckt immer noch im Planungsverfahren fest. In der Nähe von Ortschaften, aber auch im freien Gelände lagern bis zu 1 Million Landminen, meistens ohne Markierung oder Einzäunung.

Nach Angaben der Initiative „Eine Türkei ohne Minen“ starben bei Minenunfällen im vergangenen Jahr 68 Menschen und 152 wurden verstümmelt. Unter den Opfern sind vor allem Jugendliche Viehhirten. Im vergangenen Jahr nahm der bewaffnete Konflikt auf beiden Seiten wieder zu, aber seit Mitte September legte die PKK die Waffen nieder, ohne allerdings ihre Stützpunkte zu verlassen.

Die Mehrzahl der Bewohner von 4.000 Dörfern, die in den letzten 20 Jahren geflohen sind oder von den Sicherheitskräften vertrieben wurden, können immer noch nicht zurück. Die geringen Entschädigungen, die das Regierungsprogramm zur Wiedereingliederung versprechen, werden nur ausbezahlt, wenn die Geschädigten unterschreiben, dass sie nicht von den staatlichen Sicherheitskräften, sondern von der Guerilla vertrieben wurden.

Weiterhin mangelt es an Verkehrs- und anderen Infrastrukturleistungen wie Elektrizität, Telefonleitungen, Gesundheitsstationen und Schulen.

Das System der „Dorfschützer“, vom Staat eingesetzte und bezahlte paramilitärische Milizen, besteht entgegen den Empfehlungen der EU-Erweiterungskommission fort, und es kommt öfters zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, wenn ehemalige Bewohner versuchen, auf eigene Faust in ihre Dörfer zurückzukehren. An vielen Beispielen lässt sich zeigen, dass die politischen und sozialen Probleme der Türkei eng mit der kemalistischen Staatsideologie zusammenhängen, die auf dem ideologischen Konstrukt vom revolutionären, abwehrbereiten Staat beruht und keine Bürger, sondern nur Unter-

tanen kennt. Neben Gesetzesänderungen, die die Rechtsstellung des Einzelnen stärken sollen, gehen andere Tendenzen in die entgegengesetzte Richtung: das Änderungsgesetz zum Terrorbekämpfungsgesetz konterkariert die bisherigen Reformbemühungen, denn es erweitert das Spektrum potentieller terroristischer Straftaten und den Personenkreis, der von Sanktionen bedroht ist.

In die gleiche Richtung geht auch die Novellierung des türkischen Strafgesetzbuchs, insbes. Art. 301, der die „Verächtlichmachung des Türkentums“ mit Strafe belegt.

Vergangenes Jahr im Dezember wurden wir Zeugen eines bizarren Gerichtsverfahrens: der Schriftsteller Orhan Pamuk, just nachdem er mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels geehrt worden war, wurde aufgrund eines früheren Ausspruchs: „30.000 Kurden und über 1 Million Armenier wurden ermordet; kaum jemand wagt das zu sagen, deshalb sage ich es, und darum werde ich gehasst“ wegen ‚Beleidigung des Türkentums‘ und ‚Aufstachelung zum Rassenhass‘ angeklagt

Eine Verurteilung hätte ihn bis zu 3 Jahre ins Gefängnis gebracht, doch er wurde freigesprochen, wohl mit Rücksicht auf das große Aufsehen, das dieses Verfahren im In- und Ausland gefunden hat.

Noch immer verfügt der Nationale Sicherheitsrat, als über der Legislative stehendes Organ, über geheime Datenblätter, sog. „fiş“, mit denen die Aktivitäten von Intellektuellen, Islamisten, politisch aktiven KurdInnen oder Linken überwacht werden. Für die Betroffenen resultieren daraus vielfältige Beschränkungen ihrer zivilen Existenz, den Ausschluss von Tätigkeiten und Ämtern, Reisebeschränkungen, Behinderungen bei der Beschaffung von Ausweisen und Urkunden usw. Eine Überwachung findet auch im Ausland statt. Der Justizapparat ist staats- und nicht gesetzesorientiert.

So kommt es, dass Kriminelle, die über Beziehungen zu geheimen Organisationen im Staat verfügen, eine Art Immunität genießen. Dem

sog. „tiefen Staat“ entspricht auch ein geheimes Recht. Eine schwache und abhängige Justiz kann von der Konterguerilla oder der Mafia unterwandert werden.

Seit Ende der 80er Jahre besteht in der Türkei eine sehr aktive Bürger- und Menschenrechtsbewegung, die sich in allen gesellschaftlichen Fragen zu Wort meldet. Die prominenten Mitglieder zivilgesellschaftlicher Organisationen leben jedoch gefährlich: Eren Keskin, Vorsitzende des türkischen Menschenrechtsvereins (IHD) in Istanbul, die zusammen mit 2 weiteren



Polizei Repressionen in der Türkei

Vorstandsmitgliedern im Jahr 2001 nur knapp einem Attentat entgangen ist, erhielt kürzlich Todesdrohungen von der „türkischen Rache-Brigade“ (TIT), derselben Organisation, die im Jahr 1998 den Vorsitzenden Akin Birdal lebensgefährlich verletzte.

Der Menschenrechtsverein, 1986 gegründet, hat Zweigstellen in 30 türkischen Städten, die Vereine kämpfen jedoch gegen behördliche Verbote und ihre Mitglieder werden durch Strafverfahren an ihrer Arbeit gehindert, viele wurden inhaftiert und einige von staatli-

chen Sicherheitskräften ermordet. Neben dem Menschenrechtsverein bestehen zahlreiche andere zivilgesellschaftliche Organisationen, vor allem für Gefangene, Vertriebene usw.

Immer wieder werden friedliche Demonstrationen von der Polizei gewaltsam aufgelöst, z.B. letztes Jahr beim internationalen Frauentag in Istanbul, als die Demonstrantinnen quasi vor den Augen der Weltpresse mit Schlägen und Pfefferspray traktiert wurden.

Die Regierung konnte den peinlichen Vorfall nicht leugnen, beschuldigte aber gleichwohl die internationale Presse, die Vorfälle provoziert zu haben. Nicht selten werden von der Polizei Schusswaffen zur „Aufstandsbekämpfung“ eingesetzt. Allein im vergangenen Jahr wurden etwa 50 Menschen Opfer von Polizeikugeln, die meisten davon im Südosten der Türkei

Im November letzten Jahres wurde bei einem Bombenanschlag auf eine Buchhandlung in Şemdinli, einer kleinen Stadt im östlichen Grenzgebiet, ein Mann getötet und mehrere andere Personen verletzt.

Dem Buchhändler, einem kurdischen Linken, und weiteren

Passanten gelang es, den mutmaßlichen Bombenleger und 2 andere Männer festzuhalten, die in einem Auto in der Nähe des Tatorts warteten. In dem Auto wurden neben anderen Dokumenten Waffen, Pässe, Lageskizzen von geplanten Tatorten und Namenslisten potentieller Opfer gefunden, darunter auch den des Buchhändlers.

Bei den Insassen handelte sich um 2 Geheimdienstmitarbeiter der Gendarmerie in Zivil (JIT), der Bombenleger war ein ehemaliges Mitglied der PKK, der kurdischen Befreiungsbewegung, der jetzt als Informant des Geheimdienstes arbeitete.

Als die Staatsanwaltschaft versuchte, am Tatort Spuren zu sichern, wurde auf dort versammelte Menschen aus einem Fahrzeug Schüsse abgefeuert, dabei kam 1 Mensch zu Tode und mehrere wurden verletzt. Als schließlich der Haftbefehl gegen die Geheimdienstleute außer Vollzug gesetzt, die Ermittlungen verzögert und der Chefankläger aus Van aus dem Dienst entfernt wurde, weil er sich ‚unerlaubt‘ in militärisch-kriminelle Angelegenheiten eingemischt hatte, nahm die öffentliche Empörung zu.

Dieser Empörung und den ernsthaften Warnungen und Ermahnungen der EU-Erweiterungskommission, des Europarats, des Europäischen Parlaments und verschiedener Politiker ist es zu verdanken, dass die beiden Geheimdienstmitarbeiter jeweils hohe Strafen von 39 Jahren, 5 Monaten und 10 Tagen erhielten; ihre Auftraggeber blieben gleichwohl unangetastet. Und nun warten die Beobachter gespannt, wann sie wegen ‚guter Führung‘ vorzeitig freigelassen werden. ■

Flüchtlingsrat Düsseldorf e.V.

Schleifergasse 19a,
40489 Düsseldorf
Fon u. Fax: 0211 / 40 25 17

amnesty international

Bezirksbüro Düsseldorf
Neusser Straße 86
Tel.: 0211 / 47 92 557
Fax: 0211 / 47 92 657
Bürozeiten:
Mo.-Do. 18 - 20 Uhr
(Mi. nur Asylsprechstunde)

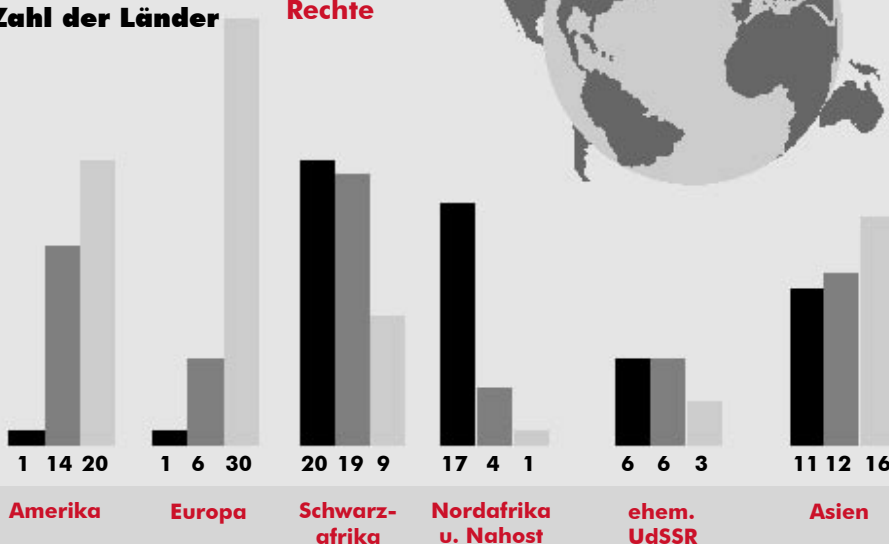
www.amnesty-duesseldorf.de
Mail: info@amnesty-duesseldorf.de

LAGE DER MENSCHENRECHTE WELTWEIT

gut	79
eingeschränkt	61
schlecht	56

Zahl der Länder

Mangelnde bürgerliche Freiheiten und Politische Rechte



Quelle: Freedom House
www.learn-line.nrw.de

Jeder Mensch hat das Recht

auf freie Meinungsäußerung: diese Recht umfasst die Freiheit Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen zu empfangen und zu verbreiten. Artikel 10

Die folgenden hier erwähnten Staaten stehen stellvertretend für viele weitere, die dieses Recht total unterdrücken oder in unterschiedlichem Maße einschränken.



ALLGEMEINE ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE

Diese Postkarte u. andere können sie bestellen bei der Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e.V. unter: www.igfm.de



BÜRGERINITIATIVE DÜSSELDORF LUDENBERGER STRASSE

Umweltfakten: Lärmbelastung
Der Lärmpegel in der Ludenberger Str.
beträgt > 80 dB tagsüber
(Bild links unten)
und 70-75 dB nachts.

Richtwerte:
59-64 dB tagüber, 49-54 dB nachts
Es ist nicht nur einfach laut, sondern
der unerträglichen Lärm liegt an
der Grenze zu Gehörschädigungen!

**Basis: Erhöht man einen Schallpegel um
10 Dezibel (dB) so entspricht dies einer
Verzehnfachung des Schalldrucks
- was subjektiv als Verdopplung des
Lärms empfunden wird.**

E-Mail: info@ludenberger-strasse.de

www.ludenberger-strasse.de

Produktbeispiele:

"Aleppo-Seife"
rein pflanzlich aus
Oliven- & Lorbeeröl
200 g **ab € 2,45**
Dermatest® "sehr gut"
Tierversuchsfrei. Eigenimport
TREIBholz

TREIBholz



**"Didgeridoos aus
Laborglas"**
ab € 74,00

TREIBholz

TREIBholz

Waschnussschalen
1000g, Premium Qualität
ab € 12,00
Wildsammlung, Eigenimport

**Kopfmassagegerät
Brainshower**
nur € 9,80
Edelstahldraht mit massivem
Messinggriff
TREIBholz



N°1 von 11111111 am Deutschen
Markt eingeführt.

**FIN/grana®
"gläserne
Nagelfeilen"**
ab € 2,45
TREIBholz

TREIBholz

Original "Shanti"
erzeugen zauberhaft
schöne Klangbilder
die Klangstäbe werden von
Hand mit Silber eingelötet

dies u.v.a. in
unserem
Internet-Shop
www.treibholz.de
TREIBholz

TREIBholz
**15 %
Sonderrabatt
für
Selbstabholer**

**wo?
Galerie Planet One
Planetenstr. 1 (an der Düssel)
wann?
3.12/10.12/17.12.06
18.00-19.00 h
nach Order per Email oder
Anruf Bescheid geben.**

TREIBholz

TREIBholz

Naturprodukte & Kunsthandwerk

Planetenstr. 1
(Ecke Karolinger Str.)
40223 Düsseldorf

Tel.: (0049) 2161 - 64 33 88
Fax: (0049) 2161 - 64 34 00

eMail: mail@treibholz.de
Internet: www.treibholz.de